

**Auszug aus der Niederschrift
über die 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und
Gleichstellung am 12.07.2016**

Zu TOP : 4.3

Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0062/2016

Herr Krusch bedankt sich für den Denkanstoß, den Bürgerservice zu verbessern. Er gibt jedoch zu bedenken, dass Aufwand und Nutzen im Verhältnis stehen müssen.

Derzeit sind 646 Stralsunderinnen und Stralsunder mit Nebenwohnsitz in einer anderen Gemeinde gemeldet. Aufgrund der Gültigkeit von Dokumenten kann man durchschnittlich von 5 Personen im Monat ausgehen, die ein Dokument beantragen könnten. Für einen so kleinen Kreis ist es nicht verhältnismäßig, Samstagsöffnungszeiten anzubieten.

Herr Krusch führt weiter aus, dass die Hansestadt im Vergleich zu anderen so großen Städten mehr Stunden im Front Office anbietet.

Mit einer Samstagsöffnung wären auch andere Bereiche, wie die EDV-Abteilung, die Kasse und der Sicherheitsdienst von diesen Zeiten ebenfalls betroffen.

Zusätzliche Front Office-Zeit bedeutet gleichzeitiger Ausfall der Mitarbeiter in der Woche, da die Stellenanzahl sich nicht erhöhen würde.

Da sich die Öffnungszeiten jedoch dem Bürger anpassen sollen, wird vorgeschlagen, eine repräsentative Umfrage dazu durchzuführen.

Frau Ehlert sieht den heutigen Zeitungsartikel als Entgegenkommen der Verwaltung. Sie ist ebenfalls der Meinung, die Umfrage durchzuführen. Der Ausschuss soll dann zu gegebenen Zeit über das Ergebnis informiert werden.

Frau Kindler bedankt sich für die Informationen.

Sie erzählt von einem Fall, wo ein junger Sportler kurzfristig eine Delegation zur EM erhalten habe und sich zur Ausbildung außerhalb Stralsunds aufhielt.

Dank der Zusammenarbeit mit anderen Behörden hat dieser junge Mann seinen Reisepass doch noch erhalten.

Herr Krusch teilt dazu mit, dass der Antrag auf einen Reisepass oder Ausweis auch bei einer örtlich unzuständigen Behörde gestellt werden kann. Die örtlich zuständige Behörde muss dann die Ermächtigung erteilen. In Stralsund wird dies z.B. für in Parow stationierte Soldaten praktiziert.

Frau von Allwörden ist der Meinung, dass noch mehr über Online-Lösungen nachgedacht werden muss.

Dazu teilt Frau Hinrichs mit, dass ein rechtssicherer Online-Zugang über de-mail eröffnet wurde. Bisher hat dies noch niemand genutzt.

Anträge zu Fischereischeinen oder Anwohnerparkgenehmigungen können schon online beantragt werden.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn teilt Frau Hinrichs mit, dass die Veröffentlichung dieser Möglichkeiten in der Zeitung sowie auf der Homepage der Stadt erfolgte.

Frau Ehlert bittet die Anwesenden um Information ihrer Fraktionen.

Der Tagesordnungspunkt wird erneut auf die Tagesordnung gesetzt, wenn seitens der Verwaltung Ergebnisse zur Umfrage vorliegen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 20.07.2016